



Regionale JEREMIE-Operation in Frankreich S. 6 • EIB bereit zu verstärkter Unterstützung von KMU in Österreich und Mitteleuropa S. 8 • Befragung der Öffentlichkeit zum überarbeiteten „Environmental Statement“ der EIB S.10 • EIB-Initiative zugunsten der Medinas S.12 • EIB eröffnet Büros in Ankara und Istanbul S.18 • EIB arbeitet zur Unterstützung der Entwicklung Georgiens mit anderen IFI zusammen S.20 • FEMIP-Seminar über Humankapital S.21 • Im Fokus: der Infrastrukturbedarf Afrikas S.24

# INFO

133

Das Informationsmagazin der Europäischen Investitionsbank-Gruppe • 4 – 2008 • ISSN 0250-3883

## Konferenz anlässlich des 50jährigen Bestehens: vier „J“ für den effizienteren Einsatz von EU-Mitteln

Die EIB-Konferenz in Bratislava vom 15./16. Oktober war der Höhepunkt unter den Veranstaltungen, die anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bank stattfanden. Sie gab Einblick in die neue Generation von Instrumenten der europäischen Regionalpolitik und lieferte eine genaue Bestandsaufnahme der Möglichkeiten im Rahmen der Initiativen JASPERS, JEREMIE, JESSICA und JASMINE (die vier „J“).



## TÄTIGKEIT DER EIB-GRUPPE

Konferenz anlässlich des 50jährigen Bestehens: vier „J“ für den effizienteren Einsatz von EU-Mitteln	1
Regionale JEREMIE-Operation in Frankreich	6
EIB bereit zu verstärkter Unterstützung von KMU in Österreich und Mitteleuropa	8
Befragung der Öffentlichkeit zum überarbeiteten „Environmental and Social Statement“ der EIB	10
Konferenz „Medinas 2030“: EIB-Initiative zugunsten der Medinas	12
Internationale Konferenz zur Politik für Studentendarlehen in der EIB	15
Roadshow zu Forschung, Entwicklung und Innovation	16
<b>IN DER EU</b>	
Erstes „EIB-Darlehen für KMU“ in Zusammenarbeit mit BNP Paribas	7
Die EIB verstärkt ihre Unterstützung für große Infrastrukturvorhaben in Italien	14
<b>AUSSERHALB DER EU</b>	
EIB eröffnet Büros in Ankara und Istanbul	18
EIB arbeitet zur Unterstützung der Entwicklung Georgiens mit anderen IFI zusammen	20
FEMIP-Seminar über Humankapital – Wie können im Mittelmeerraum mehr Arbeitsplätze für Jungakademiker geschaffen werden	21
Rolle der FEMIP beim Aufbau der Union für das Mittelmeer	22
Im Fokus: der Infrastrukturbedarf Afrikas	24
Die Caprivi-Verbundleitung ermöglicht regionale Stromintegration	26
<b>INTERNE FRAGEN</b>	
Neue Veröffentlichungen der EIB	28

Im Rahmen ihrer kontinuierlichen Bemühungen, die Kohäsionspolitik wirksamer zu gestalten, haben die EIB und die Europäische Kommission in den vergangenen Jahren gemeinsam eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die sowohl die Projektvorbereitung unterstützen als auch den Einsatz von maßgeschneiderten Finanzierungsinstrumenten im Rahmen der Kohäsionspolitik fördern sollen: JASPERS, JEREMIE, JESSICA und JASMINE. Ausgerichtet sind die so genannten „4J“ auf technische Hilfe (JASPERS), die Finanzierung von KMU (JEREMIE), die Unterstützung einer nachhaltigen Stadtentwicklung (JESSICA) und die Förderung von Kleinstkrediten (JASMINE). (siehe Kasten unten)

Diese Initiativen sind heute wichtiger denn je. In Zeiten, da die Finanzkrise die europäischen Volkswirtschaften in ihrer Entwicklung hemmt, stellen die im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel eine sichere und dauerhafte Finanzierungsquelle dar. Vor diesem Hintergrund fördern die 4J die Nutzung von Zuschussmitteln und tragen im Fall von JEREMIE und JESSICA dazu bei, knappe Ressourcen durch den Einsatz über revolving Fonds länger nutzbringend einzusetzen.

Öffentliche Stellen sind zunehmend mit einem steigenden Investitionsbedarf bei gleichzeitig immer knapperen Ressourcen konfrontiert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die verfügbaren Mittel wirksam einzusetzen und gleichzeitig ergänzende Mittelquellen zu erschließen.

Für den Zeitraum 2007 – 2013 sind etwa 350 Mrd EUR bzw. nahezu 36% des Gesamthaushalts der Union für die EU-Kohäsionspolitik vorgesehen. Damit sind für diesen Bereich erstmals mehr Mittel als für die Gemeinsame Agrarpolitik geplant.

„Die Finanzierung der Kohäsionspolitik muss statt wie bisher auf reiner Zuschussbasis künftig über innovative Mechanismen erfolgen, durch die die Mittel wirksamer eingesetzt werden“, erklärte die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner in ihrer Eröffnungsansprache. „Mit maßgeschneiderten Finanzierungsinstrumenten reichen knappe Mittel länger“, fügte sie hinzu. „Rückfließende und wieder einsetzbare Mittel sind langfristig eine nachhaltigere Form der Finanzierung als einmalig gezahlte Zuschüsse. Diese neue Entwicklung in der Kohäsionspolitik fügt sich in den breiten Trend – man könnte sogar sagen das Paradigma – ein, die Finanzierung mit öffentlichen Mitteln qualitativ zu verbessern.“

EIB-Vizepräsident Kollatz-Ahnen merkte an: „In mehreren Ländern wurde festgestellt, dass die Leitungs- und Verwaltungskapazität bei der Projektvorbereitung erhebliche Mängel aufweist und darin das Haupthindernis für die wirksame Umsetzung der verfügbaren Regionalbeihilfeprogramme besteht. JASPERS ist unsere Lösung für dieses Problem.“

Die Konferenz in Bratislava, die gemeinsam von der EIB und der Europäischen Kommission organisiert worden war, bot den rund 400 Teilnehmern aus öffentlichen Stellen, Privatunternehmen und dem Bankensektor verschiedener Länder eine wertvolle Gelegenheit, Informationen über den aktuellen Stand der Initiativen in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und -Regionen auszutauschen. Außerdem wurden auf der Veranstaltung die Möglichkeiten erörtert, die sich aus der neu eingeführten „J“-Initiative zur Förderung von Mikrokrediten – JASMINE – ergeben (vgl. EIB-Info Nr. 132, S. 2-3). Die zehn Workshops erfreuten sich großen Zuspruchs und wurden von den Teilnehmern als ausgesprochen wertvoll eingeschätzt.

EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.  
 Verantwortlicher Herausgeber:  
 Daniela Sacchi-Cremmer  
 Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot  
 Fotos: Bildarchiv EIB  
 Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellennachweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

## JASPERS voll auf Kurs

Im November 2008 umfasste das Portfolio dieser Initiative 333 Projekte in zwölf Empfängerländern, von denen rund 60 Vorhaben bereits abgeschlossen waren. Die meisten dieser Projekte betreffen den Verkehrs- und den Umweltsektor. Das JASPERS-Team setzt sich derzeit aus 56 Experten der Kommission, der EIB, der EBWE und der KfW zusammen, die am Sitz der EIB in Luxemburg sowie in drei Regionalbüros in Bukarest, Wien und Warschau tätig sind. Die Aktivitäten von JASPERS basieren auf Aktionsplänen für jedes einzelne Land, die jedes Jahr in Zusammenarbeit mit den begünstigten Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission ausgearbeitet werden.

Im Mittelpunkt der JASPERS-Workshops auf der Konferenz in Bratislava standen in erster Linie Verkehrsvorhaben; ferner wurden die Leitlinien für die Projektvorbereitung in Polen eingehender erörtert, die Erfahrungen bei städtischen Verkehrsvorhaben in Sofia und Krakau dargelegt und ein allgemeiner Überblick über die Rolle von JASPERS im öffentlichen Nahverkehr geboten. In dem Workshop zu letzterem Thema ging JASPERS-Direktor Patrick Walsh auf die Synergien ein, die sich aus der Kombination der Erfahrungen aus Projektvorbereitung und -durchführung und dem Praxiswissen der an JASPERS beteiligten Partner ergeben, sowie auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit, die sich mit den Behörden und Empfängern in den 12 neuen EU-Mitgliedstaaten entwickelt hat und durch die der Transfer von Know-how sowie die Bereitstellung von praktischer Unterstützung möglich ist.

Ein weiterer JASPERS-Workshop war den Umwelt- und Energieprojekten gewidmet. Dabei wurde insbesondere die auf eine

verbesserte Energieeffizienz ausgerichtete Sanierung öffentlicher Gebäude in Polen eingehend analysiert. Des Weiteren wurde der in Slowenien und Ungarn verwendete Ansatz für Projekte im Wassersektor vorgestellt, wobei Abwasserprojekte im Mittelpunkt standen.

In ihrem Redebeitrag zum Abschluss der Konferenz unterstrich Frau Grammatiki Tsingou, Direktorin mit Generalvollmacht der Direktion Projekte der EIB, das umfassende Engagement und die Verantwortung der EIB bei der Leitung von JASPERS. Dadurch kann die EIB ihre langjährige Erfahrung in den Bereichen Projektvorbereitung, -durchführung und -finanzierung mit den jeweiligen Empfängerländern der EU-Mittel sowie ihren JASPERS-Partnern zum Nutzen aller Beteiligten teilen.

## JESSICA kann konkrete Ergebnisse vorweisen

Im Rahmen der Konferenz unterzeichneten EIB-Vizepräsident Kollatz-Ahnen und Leszek Wojtasiak, Vizemarschall der Wojewodschaft Großpolen (Wielkopolska), eine gemeinsame Absichtserklärung für die Erbringung von Holdingfonds-Dienstleistungen durch die Bank für die kommunale Selbstverwaltung der Wojewodschaft Großpolen.

Großpolen ist die erste Region in Mitteleuropa, die ein solches Memorandum of Understanding zur Förderung des Einsatzes von JESSICA unterzeichnet hat. Anfang Oktober hat die EIB mit der Regionalregierung (Xunta) Galiciens eine ähnliche Vereinbarung geschlossen (vgl. Beitrag auf S. 5).

Was in Zukunft für JESSICA geplant ist, wurde von Brian Field, dem Planungs- und Entwicklungsexperten der JESSICA-Task

Force bei der EIB, dargelegt. Nach gewissen Anlaufschwierigkeiten hat die Initiative in jüngster Zeit rasche Fortschritte verzeichnet, da sie inzwischen auf breitere Resonanz stößt. Die Initiative ist flexibel und lässt sich je nach dem Umfeld unterschiedlich auslegen. Es bedarf einer Klärung der rechtlichen Aspekte (die Mitgliedstaaten verfügen über unterschiedliche Rechtsstrukturen, unter denen JESSICA zur Anwendung kommen wird), und die anscheinende Flexibilität der Vorschriften muss sich noch in der Praxis bestätigen. Daher ist es wichtig, Unklarheiten zu beseitigen und die Verfahren zu vereinfachen, um JESSICA in den Mitgliedstaaten fest zu verankern und sie dabei zu unterstützen, in den verschiedenen Ländern Fonds für nachhaltige Stadtentwicklung zu schaffen.

## JEREMIE: EIF beginnt mit der Umsetzung

In der Plenarsitzung am Vormittag des 16. Oktober hob Richard Pelly, Geschäftsführender Direktor des EIF, hervor, dass der EIF im Rahmen von JEREMIE „die idealen Voraussetzungen mitbringt – eine integrierte Palette von Lösungen für die Risikofinanzierung, strenge Verfahren sowie den Status einer unabhängigen Einrichtung mit AAA-Rating –, um die Ziele der einzelnen Holdingfonds zu erreichen, die darin bestehen, KMU den Zugang zu Fremd- und Eigenmitteln zu erleichtern und durch den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten den Unternehmergeist zu entwickeln“.

Der Workshop „JEREMIE Status Quo“ umfasste hauptsächlich eine allgemeine Einführung zu JEREMIE und der Rolle, die der Initiative im Rahmen der Kohäsionspolitik zukommt; ferner wurden die wesentlichen Merkmale von JEREMIE sowie der aktuelle



Stand der Evaluierungs- und der Umsetzungsphase erörtert. Des Weiteren wurden die Erfahrungen der Slowakischen Republik bei der Umsetzung von JEREMIE im Rahmen der Zuteilung der EU-Strukturfondsmittel für den Zeitraum 2007-2013 dargelegt.

Im zweiten JEREMIE-Workshop wurden die Instrumente für revolvierende Fremd- und Eigenmittel vorgestellt. Diese Instrumente lassen sich über einen JEREMIE-Holdingfonds unter Berücksichtigung der in der JEREMIE-Evaluierungsphase ermittelten Marktschwächen einsetzen. Anschließend beschrieb ein Vertreter des rumänischen Wirtschafts- und Finanzministeriums die Umsetzung von JEREMIE in seinem Land.

Zusätzlich zu den zwei JEREMIE-Workshops bot der EIF ein Seminar zu der kürzlich eingeleiteten „Europäischen Mikrokredit-Initiative“ an. Das vierte „J“ steht für JASMINE und bezeichnet eine von der Europäischen Kommission, der EIB und dem EIF im September 2008 entwickelte Pilotinitiative. Marc Schublin, Direktor des JEREMIE-Programms, umriss, wie der EIF diese neue Initiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt umzusetzen gedenkt, und die Präsidentin des European Microfinance Network, Maria Nowak, legte ihre Ansichten über potenzielle Ziele und Empfänger der neuen Initiative für Kleinstkredite dar.

## PPP im Rampenlicht

Der Beitrag öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) zu Investitionen in wirtschaftliche und soziale Infrastrukturen in der EU wurde in einem separaten Workshop von Thomas Barrett, Direktor der EIB-Hauptabteilung Instrumente zur Unterstützung der Aktion für Wachstum, eingehend analysiert.

Zwischen 1990 und 2006 wurden in der EU über 1 000 als PPP strukturierte Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von fast 200 Mrd EUR finanziert. Derzeit in Vorbereitung befindliche Projekte belaufen sich auf 75 Mrd EUR.

Da den mittel- und osteuropäischen Ländern bis 2013 Zuschüsse von 350 Mrd EUR zur Verfügung stehen, ist es eine Herausforderung, PPP-Vorhaben zu identifizieren. Allerdings könnten PPP-Vorhaben aufgrund der Kombination von Finanz- und Projektmanagement sowie dem Know-how, das sich durch die Einbeziehung des privaten Sektors ergeben kann, einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Investitionspotenzial in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation zu realisieren.

Das Programm **JASPERS** (Joint Assistance for Supporting Projects in European Regions – Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) ist eine Partnerschaft für technische Hilfe zwischen der GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Im Rahmen von JASPERS soll ein Dienst für die Mitgliedstaaten angeboten werden, der auf Regionen ausgerichtet ist, die unter das neue, für den Zeitraum 2007-2013 festgelegte Konvergenzziel fallen. Dieser Dienst unterstützt die Behörden bei der Vorbereitung umfangreicher Projekte, die der Kommission vorgeschlagen werden sollen. JASPERS bietet in allen Phasen des Projektzyklus umfassende Unterstützung – von der Ermittlung eines Projekts bis hin zur Entscheidung der Kommission über die Gewährung von Zuschüssen. Auf diese Weise trägt das Programm dazu bei, die Quantität und Qualität der Projekte zu verbessern und diese schneller zur Genehmigung einzureichen.

Die Initiative **JEREMIE** (Joint European Resources for Small and Medium-sized Enterprises – Gemeinsame europäische Ressourcen für kleinste bis mittlere Unternehmen) wurde im September 2005 eingerichtet und fördert den verstärkten Zugang zu Finanzierungsmitteln für die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionen der EU. Im Rahmen der Initiative stehen den Mitgliedstaaten und Regionen maßgeschneiderte Finanzierungsinstrumente zur Verfügung, die so konzipiert sind, dass sie optimal an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden können. Dadurch lassen sich bei der KMU-Finanzierung Angebot und Nachfrage auf nationaler und regionaler Ebene koordinieren. Über diese Initiative können nationale und regionale Stellen zunächst in vorsichtigem Umfang Finanzierungsbeiträge leisten und diese Mittel zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls weiter aufstocken. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Finanzierungsinstrumente im Laufe der Projektdurchführung anzupassen und so flexibel auf die Marktbedingungen zu reagieren.

Die Initiative **JESSICA** (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame europäische Unterstützung für eine nachhaltige Stadtentwicklung) wurde von der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank in Zusammenarbeit mit der Entwicklungsbank des Europarates (CEB) geschaffen und bietet den Verwaltungsbehörden von Strukturfondsprogrammen Zugriff auf externes Fachwissen und verstärkten Zugang zu Darlehensmitteln für die Förderung der Stadtentwicklung. Verwaltungsbehörden, die JESSICA nutzen wollen, bringen Ressourcen aus dem jeweiligen Programm ein und erhalten von der EIB, anderen Finanzinstituten und Investoren je nach Bedarf zusätzliche Darlehen oder Eigenkapital. Die Programmbeiträge zu Stadtentwicklungsfonds revollieren und tragen dazu bei, die Investitionstätigkeit nachhaltiger zu machen.

**JASMINE** (Joint Action to Support Microfinance Institutions in Europe – Gemeinsame Aktion zur Förderung von Mikrokreditinstituten in Europa) ist eine Pilotinitiative, die von der Europäischen Kommission, der EIB und dem EIF entwickelt wurde. Die mit insgesamt 50 Mio EUR ausgestattete Initiative wird von der EIB und potenziellen Partnerbanken finanziert. Zusätzliche finanzielle Unterstützung erhält sie von der Kommission. Ihre Verwaltung erfolgt durch den EIF, der Mikrokreditinstituten Finanzierungsmittel in Form von Darlehen oder Eigenkapital sowie technische Hilfe gewährt. JASMINE soll europäische Mikrokreditinstitute dabei unterstützen, die Qualität ihrer Operationen zu verbessern, zu expandieren und tragfähig zu werden. Dazu erhalten ausgewählte Institute im Rahmen der Initiative fachliche und finanzielle Unterstützung in verschiedener Form. Auf diese Weise werden die besten Methoden im Bereich Mikrokreditvergabe gefördert.



In diesem Workshop wurden unter anderem die Möglichkeiten erläutert, die sich aus dem Kreditgarantieinstrument für TEN-Verkehrsprojekte (Loan Guarantee for TEN Transport – LGTT, vgl. EIB-Info Nr. 130, S. 3-5) und dem Europäischen PPP-Kompetenzzentrum (European PPP Centre of Expertise – EPEC, vgl. EIB-Info Nr. 132, S. 11) ergeben. ■

<sup>1</sup> Das LGTT ist ein innovatives Finanzinstrument, das gemeinsam von der Europäischen Kommission und der EIB entwickelt und eingeführt wurde. Es zielt darauf ab, die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Finanzierung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) zu erleichtern.

<sup>2</sup> Das EPEC ist eine gemeinsame Initiative der EIB und der Europäischen Kommission. An der Initiative können sich PPP-Task Forces der Mitgliedstaaten beteiligen.



## Galicien (Spanien) und Portugal unterzeichnen JESSICA-Vereinbarung

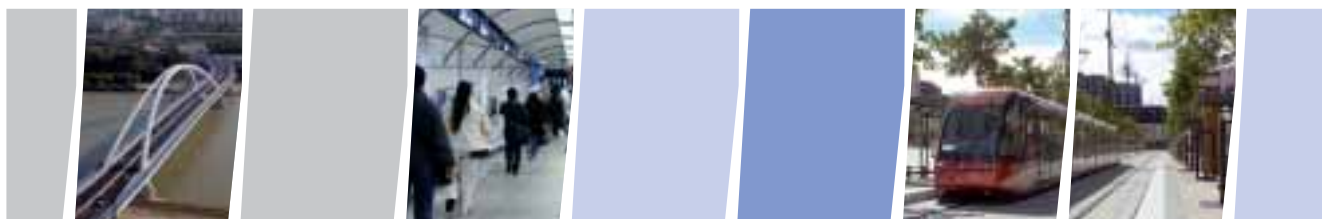
Am 3. Oktober 2008 haben die EIB und die Regionalregierung (Xunta) Galiciens eine Vereinbarung geschlossen, die ihre Zusammenarbeit bei der Umsetzung des JESSICA-Programms in Galicien regelt.

Bei der feierlichen Unterzeichnung in Santiago de Compostela mit dem Finanzminister der Xunta, José Ramón Fernández Antonio, hob EIB-Vizepräsident Carlos da Silva Costa die ausgezeichneten Beziehungen der Bank zur Xunta hervor und erklärte, dass Galicien die erste spanische Region sein wird, der dieses neue Investitionsprogramm, das direkt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung ausgerichtet ist, zugute kommt.

Am 14. November unterzeichneten Carlos da Silva Costa und der portugiesische Minister für Umwelt, Raumplanung und Regionalentwicklung, Francisco Nunes Correia, in Lissabon eine Vereinbarung, die unter anderem die Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Finanzierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung vorsieht.

„Diese Vereinbarung zeigt, wie entschlossen wir daran arbeiten, uns zügig mit anderen EU-Mitgliedstaaten und Gebietskörperschaften zusammenzuschließen, um die städtischen Gebiete in Europa freundlicher und nachhaltiger zu gestalten“, unterstrich da Silva Costa. „Als Portugiese freue ich mich natürlich ganz besonders, dass Portugal der erste Mitgliedstaat ist, der sich unserer JESSICA-Initiative für Investitionen in eine nachhaltige Stadtentwicklung anschließt.“

Daniela Feltes, EIF, sowie Dusan Ondrejicka und Daniela Sacchi-Cremmer, EIB, Hauptabteilung Kommunikation



# Regionale JEREMIE- Operation in Frankreich

Das Languedoc-Roussillon wird als erste EU-Region an einer JEREMIE-Operation mit dem EIF beteiligt sein.

**A**m 22. Oktober 2008 unterzeichneten der EIF und die Region Languedoc-Roussillon in Montpellier eine Vereinbarung zur Gründung eines 30 Mio EUR umfassenden JEREMIE-Holdingfonds. Dieser Fonds ist dafür bestimmt, die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu fördern. Dies soll durch verstärkte KMU-Finanzierungen wie auch durch Anreize für zwischengeschaltete Finanzinstitute erfolgen, damit die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Unternehmen auch während der derzeitigen Rezession und Kreditklemme weitergeführt wird.

Die Verwaltungsbehörde für das Languedoc-Roussillon hat beschlossen, einen Großteil der JEREMIE-Mittel für die Unterstützung von Innovationen einzusetzen, was der großen Anzahl von KMU – sehr kleine Unternehmen (weniger als 10 Mitarbeiter), Start-up-Unternehmen und wachstumsstarke Unternehmen – in der Region zugute kommen wird. Der Fonds wird daher eine wichtige Rolle dabei spielen, Innovationen zu fördern sowie Unternehmensgründungen zu initiieren, Arbeitsplätze zu schaffen und über Risikokapital- und Private-Equity-Fonds sowie in diesem Bereich spezialisierte Kreditinstitute zusätzliche Mittel zu mobilisieren.

Der Fonds wird aus EFRE-Strukturfondsmitteln und von der Region Beiträge in Höhe von jeweils 50% erhalten. Der EIF wird den JEREMIE-Fonds verwalten und eine Vertretung vor Ort einrichten. Investitionsentscheidungen werden aufgrund von Empfehlungen des JEREMIE-Lenkungsausschusses, der Vertreter der Region und der Verwaltungsbehörde umfasst, getroffen.

Das Geschäftsmodell basiert auf einem Dreiparteien-Dialog, der auf der Kenntnis der Märkte und der Neutralität des EIF hinsichtlich der Investitionsentscheidungen beruht, wobei Staat und Region für die Ziele der regionalen KMU-Politik eine „Treuhänderfunktion“ übernehmen.

Zwischengeschaltete Partnerinstitute werden nach offenen Ausschreibungen für eine Interessensbekundung Anfang 2009 ausgewählt. Zu den potenziellen zwischengeschalteten Instituten zählen beispielsweise Risikokapitalfonds, Institute, die Mikrokredite vergeben, und Banken; alle werden in der Region ansässigen KMU Kapital oder Darlehen bereitstellen. Die JEREMIE-Fazilität wird bis 2014 bestehen bleiben; aufgrund ihres revolving-Charakters kann sie jedoch über den derzeitigen Programmplanungszeitraum für Strukturfonds hinaus verlängert werden.

## Anpassung an den Finanzbedarf regionaler KMU

Bei den 150 000 im Languedoc-Roussillon angesiedelten Unternehmen handelt es sich meist um kleine und mittlere oder auch Kleinstunternehmen. Vor der Errichtung des

JEREMIE-Holdingfonds führte der EIF eine Analyse zur Finanzierungslücke durch, um den Finanzbedarf der KMU besser einschätzen zu können. Die Ergebnisse zeigten insbesondere den Mangel an Eigenkapital, das für neue Unternehmensgründungen und den Ausbau bestehender Unternehmen notwendig ist.

Daher zielt die Initiative darauf ab, regionalen KMU über JEREMIE-Partnerinstitute ein breites Spektrum an Finanzinstrumenten anzubieten, darunter:

- Mikrodarlehen bis 25 000 EUR;
- „Relais Croissance“, Eigenkapital oder Quasi-Eigenkapital für wachstumsstarke KMU;
- „Prêts d'honneur“, zinsfreie Darlehen für KMU, auch für die Finanzierung von Innovationen;

sowie eine Reihe anderer Instrumente, die Start-up-Unternehmen Finanzierungsmittel bereitstellen und die verfügbaren Ressourcen für in der Gründungs- und Vorgründungsphase befindliche Unternehmen der technologischen oder innovativen Segmente erhöhen. ■



Während der Veranstaltung wurde Marc Schublin, Leiter der Abteilung JEREMIE beim EIF, von Georges Frêche, Präsident des Languedoc-Roussillon, zum Ehrenbürger der Region ernannt.



### Was ist JEREMIE?

Bei JEREMIE – Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises – handelt es sich um eine gemeinsame Initiative von Europäischer Kommission und EIF, die im Rahmen der Zuteilung der Strukturfondsmittel auf die EU-Mitgliedstaaten und -Regionen im Zeitraum 2007-2013 entwickelt wurde.

JEREMIE bietet nationalen und regionalen Verwaltungsbehörden die Möglichkeit, einen Teil ihrer EU-Strukturfondsmittel über einen revolvingierenden Holdingfonds, der als Dachfonds fungiert, in Form von Eigenkapital, Darlehen oder Garantien zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen zu nutzen.

JEREMIE bietet KMU maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte statt nur Finanzierungshilfen. Daher kann eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten, die auf verschiedene Wirtschaftsbereiche abzielen und durch Partnerschaften mit regionalen Finanzinstituten zusätzliche Finanzierungsmittel mobilisieren, unter dem Dach desselben revolvingierenden JEREMIE-Holdingfonds verwaltet werden.

Abteilung Kommunikation, EIF

IN DER EU

# Erstes

# „EIB-Darlehen für KMU“

## in Zusammenarbeit mit BNP Paribas

**A**m 12. und 13. September hatte Christine Lagarde, französische Ministerin für Wirtschaft, Finanzen und Arbeit, auf dem ECOFIN-Treffen in Nizza ihren Amtskollegen vorgeschlagen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) 30 Mrd EUR zur Unterstützung der Investitionstätigkeit von europäischen KMU mobilisiert, wovon die Hälfte in den Jahren 2008 und 2009 bereitgestellt werden soll.

Weniger als drei Wochen nach dieser Einigung unterzeichneten BNP Paribas und die Europäische Investitionsbank die erste Finanzierungsvereinbarung über einen Betrag von 300 Mio EUR und BNP Paribas gewährte im Rahmen dieser Vereinbarung das erste „EIB-Darlehen für KMU“.

Unterzeichnet wurde dieses Darlehen am 8. Oktober bei Laboratoires Prodene Klint, einem innovativem KMU und Kunden von BNP Paribas, dem damit als erstem europäischen Unternehmen ein „EIB-Darlehen



für KMU“ gewährt wird. Diese neue Art von Darlehen ist einfacher und flexibler und ermöglicht es den europäischen Banken, alle Arten von Investitionen oder Ausgaben zu finanzieren, die für die Entwicklung von europäischen Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten notwendig sind. Finanziert werden können Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte oder die Erhöhung des Betriebskapitals.

Frau Lagarde, Philippe de Fontaine Vive, Vizepräsident der EIB, und Jean-Laurent Bonnafé, stellvertretender Generaldirektor der BNP Paribas, besichtigten bei dieser Gelegenheit die Einrichtungen von Laboratoires Prodene Klint.

Mit dem von BNP Paribas erhaltenen Darlehen über 180 000 EUR wird das in der Nähe von Marne la Vallée (östlich von Paris) angesiedelte Unternehmen eine Anlage beschaffen, die zur Entwicklung eines Hautdesinfektionsmittels dient, das sowohl im medizinischen Bereich (zur Vorbeugung gegen „nosokomiale Infektionen“) als auch in der Industrie zum Einsatz kommen soll. Laboratoires Prodene Klint beschäftigt 230 Mitarbeiter. ■

Marianne Roda  
Hauptabteilung Kommunikation

# EIB bereit zu verstärkter Unterstützung von **KMU** in Österreich und Mitteleuropa

Auf Einladung der österreichischen Regierung organisierte die Bank am 6. und 7. November in Wien eine Reihe von Informationsveranstaltungen zur Einführung des neuen „EIB-Darlehens für KMU“. Diese Veranstaltungen umfassten Gespräche auf hoher Ebene und technische Konferenzen auf Arbeitsebene mit den österreichischen Partnerbanken.

**E**IB-Präsident Maystadt und EIB-Vizepräsident Kollatz-Ahnen trafen den österreichischen Vizekanzler Wilhelm Molterer, Regierungsvertreter und die Führungsspitzen praktisch aller österreichischen Finanzinstitute, die als „systemrelevante“ Banken in Österreich und dem weiteren mitteleuropäischen Raum fungieren. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die aktuelle Lage im Finanzsektor und die möglichen Gegenmaßnahmen, um die Auswirkungen der Bankenkrise auf die Realwirtschaft zu mildern.

Bei einer Pressekonferenz vertrat Vizekanzler Molterer erneut die Ansicht, es sei notwendig, Haushaltsmittel und die verfügbaren staatlichen Förderinstrumente mit dem gesamten Finanzinstrumentarium der EIB-Gruppe zu kombinieren, um zu verhindern, dass KMU und mittelgroßen Unternehmen die erforderliche Liquidität fehlt. In seiner Antwort unterstrich EIB-Präsident Maystadt die bedeutende Rolle der österreichischen Unternehmen für die wirtschaftliche Leistung des Landes und sicherte ihre weitere Versorgung mit Finanzmitteln zu. Die Bank hat sich zum Ziel gesetzt, das Volumen ihrer KMU-Darlehen im kommenden Jahr zu verdoppeln.

Die österreichische Regierung betrachtet die Initiative der EIB zugunsten von KMU als gute Ergänzung zu dem Anfang November angekündigten staatlichen Unter-



stützungspaket im Umfang von 1 Mrd EUR. Entsprechend der Bitte des Finanzministeriums wird sich die Einschaltung der Bank zugunsten von KMU primär auf Forschung und Entwicklung sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung konzentrieren.

Bei seinem Treffen mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EIB appellierte Vizekanzler Molterer an die Bank, ihre Aktionen eng mit den eigenen Anstrengungen des Staates zur Unterstützung von KMU zu koordinieren.

Die Struktur der österreichischen Wirtschaft erfordert ebenso viel Unterstützung für





KMU wie für mittelgroße Unternehmen, die die treibenden Kräfte des wirtschaftlichen Erfolgs der letzten zehn Jahre waren. Der Vizekanzler betonte erneut Österreichs Interesse an Finanzierungen der Bank für Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung durch z.B. mit Energielieferung kombinierte Vorhaben, die zusätzlich einen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzeffekt für KMU hätten. Das österreichische Konjunkturpaket flankiert die Maßnahmen zur Unterstützung der Finanzwirtschaft im Umfang von 100 Mrd EUR, die Eigenkapitalerhöhungen im Finanzsektor ermöglichen, Interbankgeschäfte mit staatlichen Garantien absichern und das nationale Einlagensicherungssystem stützen sollen.

Seit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union im Jahr 1996 zählen österrei-

chische Banken traditionell zu den aktivsten Partnern der EIB bei der Vergabe von Globaldarlehensmitteln an KMU. So überraschte es nicht, dass die Einladung der EIB an ihre bestehenden Partnerbanken sowie an mögliche neue zwischengeschaltete Institute zu einem Rundgespräch auf starkes Interesse stieß.

Mehrere der bei diesem Rundgespräch vertretenen Finanzinstitute hatten bereits aktiv an der umfassenden Umfrage Mitte 2007 mitgewirkt, mit der die Bank die Meinungen des europäischen Finanzsektors zur Modernisierung des Globaldarlehensprodukts einholte.

Vizepräsident Kollatz-Ahnen unterstrich die Bedeutung vereinfachter Regeln, gestraffter Verfahren und breiterer Anwendbarkeit des

Produkts, mit dem Projekte von KMU bis zu 100% finanziert werden können.

Die neuen EIB-Darlehen für KMU können darüber hinaus dazu beitragen, den Betriebskapitalbedarf von KMU im Zusammenhang mit neuen Investitionen, Patenten, Lizenzen usw. zu finanzieren.

In einer Zeit, in der die meisten Mitgliedstaaten wenig Spielraum haben und der Bankensektor eine schwere Krise erlebt, kann die EIB durch diese Maßnahmen flexible und wirksame zusätzliche Hilfen bieten, die die notwendige Liquidität im System erhalten. ■

Emanuel Maravic, Direktor, EIB-Büro Wien



# Befragung der Öffentlichkeit zur Überarbeitung der **Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards** der EIB

Die EIB überarbeitet derzeit ihre Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards und führt im Rahmen dieses Prozesses eine Befragung der Öffentlichkeit durch. Das Befragungsverfahren wurde am 25. März eingeleitet und umfasst neben einer Online-Umfrage auch Veranstaltungen für die Öffentlichkeit und mit Anspruchsgruppen. Ein Prüfungsgremium in der Bank sichtet nun die Beiträge der Anspruchsgruppen und prüft, in welchem Umfang sie berücksichtigt werden können.



Matilde del Valle,  
Hauptabteilung Kommunikation

## Erste Runde

Eine erste Befragungsrunde mit Diskussionsveranstaltungen für die Öffentlichkeit und für Anspruchsgruppen, die für 45 Arbeitstage geplant war, begann am 25. März und sollte am 28. Mai enden. Auf Bitte mehrerer NRO wurde die erste Runde jedoch bis zum 20. Juni 2008 verlängert. Diese Verlängerung entsprach der flexiblen Zeitplanung und Vorgehensweise der Bank bei Befragungen, die es ihr erlauben, Bitten und Vorschläge von Anspruchsgruppen zu berücksichtigen und dadurch das Verfahren zu verbessern.

Am 14. Mai 2008 wurde in Brüssel eine erste öffentliche Diskussionsveranstaltung abgehalten, und mehrere weitere Veranstaltungen für Anspruchsgruppen fanden mit Vertretern von EU-Institutionen, internationalen Finanzierungsinstituten und anderen statt. Auf Wunsch einiger NRO in Mittel- und Osteuropa wurde eine zweite öffentliche Veranstaltung am 12. Juni 2008 in Warschau organisiert, die es Anspruchsgruppen aus der Region ermöglichte, sich aktiv an der Befragung zu beteiligen.

Die EIB erhielt 25 schriftliche Beiträge von externen Anspruchsgruppen, die insgesamt 260 Anmerkungen enthielten und von dem Prüfungsgremium der Bank ausgewertet wurden. Vorbehaltlich des Einverständnisses der Einsender wurden alle von der Öffentlichkeit eingesandten Kommentare und Vorschläge, zusammen mit einer Übersicht über die jeweiligen Stellungnahmen der Bank, zur Information auf der Website der Bank veröffentlicht. Die Auswertungen des Gremiums wurden in eine überarbeitete Fassung der Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards eingebracht, zu der eine zweite Befragungsrunde durchgeführt wurde.

## Zweite Runde

Die zweite Befragungsrunde umfasste 20 Arbeitstage ab dem 2. Oktober 2008. Angesichts der Bedeutung der Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards und auf Anregung von Anspruchsgruppen beschloss die EIB, die zweite Runde vom 30. Oktober bis zum 17. November 2008 zu verlängern. Im Rahmen dieser Runde wurde am 27. Oktober 2008 in Brüssel eine dritte öffentliche Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Dabei wurden die nach der ersten Runde der Befragung vorgenommenen Änderungen des Grundsatzpapiers zusammenfassend dargestellt. Das überarbeitete und neu gegliederte Dokument ist klarer (z.B. zu Rechenschaftslegung und Überwachung), nachdrücklicher (z.B. Selbstverpflichtungen bezüglich auszuschließender Bereiche) und detaillierter zu spezifischen Anliegen (z.B. neuer Text über Menschenrechte, Konfliktsensitivität und freie, vorab erlangte und auf Information basierende Zustimmung). Es wurden Kommentare zu diesem neuen Dokument und Empfehlungen zu seiner weiteren Verbesserung vorgetragen, gefolgt von einer konstruktiven Diskussion. Die Teilnehmer wurden gebeten, ihre Argumente schriftlich einzureichen, damit sich das Prüfungsgremium der Bank eingehender mit ihnen befassen könne.

## Die nächsten Schritte

Das Prüfungsgremium wird die in der zweiten Runde der Befragung gesammelten Vorschläge und Kommentare erneut sichten und das Grundsatzpapier unter Berücksichtigung der Beiträge der Anspruchsgruppen überarbeiten. Bis zum Jahresende wird dann eine dritte Fassung zusammen mit einem Entwurf des Befragungsberichts dem Direk-

torium vorgelegt. Nach der Annahme durch das Direktorium werden diese Anfang Januar 2009 zur Information auf der Website der EIB veröffentlicht, drei Wochen vor der Beratung durch den Verwaltungsrat.

Auch alle von Anspruchsgruppen eingesandten Kommentare und Vorschläge werden vorbehaltlich des Einverständnisses der Einsender auf der Website der Bank veröffentlicht und dem Verwaltungsrat zugänglich gemacht.

Zu Jahresbeginn erschien in EIB-Info 130 eine Ankündigung/ein Artikel über das Verfahren der Öffentlichkeitsbefragung. ■



# Die Bank der Europäischen Union

## Die EIB, 1958-2008

Anlässlich des 50. Jahrestags ihrer Gründung hat die EIB die Entstehung eines akademischen Buches über ihre Geschichte unterstützt, das unter der Leitung einer Gruppe von sieben international bekannten Professoren geschrieben wurde.

Die Struktur des Buches orientiert sich an den aufeinanderfolgenden Erweiterungen der Europäischen Union, aber auch an den sich ändernden Koordinaten des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes. Es beschreibt, wie die EIB ihren Weg durch die Umwälzungen eines halben Jahrhunderts verfolgt und sich dabei gleichzeitig bemüht hat, ihrer ursprünglichen Bestimmung treu zu bleiben.

Eine Zusammenfassung, das ausführliche Inhaltsverzeichnis und die Modalitäten für den Erwerb dieses 386 Seiten umfassenden Werkes, das in deutscher, englischer und französischer Sprache erhältlich ist, finden sich unter [www.eib.org/50Jahre\\_Buch](http://www.eib.org/50Jahre_Buch). ■





# Konferenz „Medinas 2030“: EIB-Initiative zugunsten der Medinas

Auf der Konferenz „Medinas 2030“, die im Rahmen der Architektur-Biennale in Venedig stattfand, kamen am 30. Oktober Fachleute aus unterschiedlichen Berufszweigen zusammen, die sich mit der Entwicklung historischer Stadtkerne beschäftigen (Städteplaner, Architekten, Volkswirte, Soziologen, Politiker und Finanzexperten), um die Herausforderungen zu analysieren, die sich im Zusammenhang mit den historischen Städten Nordafrikas stellen. Schwerpunkt der Konferenz war es, Ideen zu entwickeln und konkrete Initiativen festzulegen, um die Medinas bis 2030 wieder zu attraktiven, dynamischen und wohlhabenden Stadtvierteln zu machen.



Die Konferenz, die von Herrn Marcello Balbo, Professor für Architektur in Venedig, organisiert wurde, war die erste öffentliche Großaktion im Rahmen der „Medinas 2030“-Initiative. Diese Initiative wurde von der EIB mit Unterstützung des Treuhandfonds der FEMIP ins Leben gerufen, um die Mittelmeer-Partnerländer, die Akteure des kulturellen und historischen Erbes und die internationalen Finanzinstitutionen zu einer koordinierten Aktion zu veranlassen.

Seit das Interesse der politischen Entscheidungsträger und Städteplaner für die Problematik geweckt wurde, hat sich die Zahl der Studien, Projekte und Planungen vervielfacht, die sich mit der Sanierung der historischen Stadtkerne in den südlichen Mittelmeerländern beschäftigen. Dennoch hat das Bewusstsein um die Notwendigkeit der Erhaltung der Medinas bislang häufig nur zu unzureichenden Maßnahmen geführt. Einige Stadtviertel wurden saniert, wenn auch nur, um dem globalen Tourismus auf seiner Suche nach Authentizität gerecht zu

werden. Im Wesentlichen werden die historischen Stadtkerne jedoch auch weiterhin von einer Armutbevölkerung bewohnt, da es nach wie vor an Infrastrukturen und Einrichtungen mangelt, und ihr Verfall setzt sich fort. Angesichts dieser unzureichenden Ergebnisse soll im Rahmen der „Medinas 2030“-Initiative die Frage der Sanierung der historischen Stadtkerne aus einer längerfristigen Perspektive betrachtet werden. Sie ist daher im Kontext der wirtschaftlichen, sozialen und raumplanerischen Veränderungen zu sehen, denen die Länder des südlichen Mittelmeerraums in den nächsten Jahren ausgesetzt sein werden.

Im Rahmen ihrer langfristigen Zusammenarbeit mit den Mittelmeer-Partnerländern fördert die FEMIP deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung und setzt sich für die Modernisierung und Öffnung ihrer Wirtschaft durch die Unterstützung des privaten Sektors und die Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen ein. Städte sind die wichtigsten Produktions-, Investitions- und Konsumzentren; hier kon-

zentrieren sich die Innovations- und Wettbewerbskräfte sowie – im allgemeineren Sinne – die soziokulturellen Errungenschaften des ganzen Landes. Aus diesem Grund unterstützt die EIB städtische Vorhaben vorrangig in den folgenden Bereichen: Umweltschutz (gesamte FEMIP-Region), öffentlicher Nahverkehr auf eigenen Trassen (Tunesien und Syrien), städtische Strukturverbesserung (Tunesien, Marokko und Jordanien) sowie Schaffung von lokalem Know-how für die Projektvorbereitung (Syrien).

Die EIB wird häufig um Unterstützung für Investitionsvorhaben gebeten, die den Bereich städtische Strukturverbesserung – insbesondere Verkehr, Umweltschutz und sozialer Wohnungsbau – betreffen. Ihrer Ansicht nach dürfen jedoch die massiven Investitionen, die für den Bau neuer Stadtviertel erforderlich sind, nicht die Notwendigkeit verschleiern, ausreichend in den Erhalt, die Sanierung und die Umstrukturierung der alten bzw. historischen Stadtzentren zu investieren. Die Bank ist sich darüber im Klaren, dass sie ihr Engagement zugunsten



neuer Stadtviertel und ihre Unterstützung für historische Stadtzentren in einem ausgewogenen Verhältnis halten muss.

Zur Wahrung dieses Gleichgewichts fördert die EIB in den südlichen und östlichen Mittelmeer-Partnerländern Diskussionen und Analysen in Bezug auf die Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der Stadtentwicklung, der Wohnsituation, der Erhaltung des kulturellen Erbes sowie der sozialen und kulturellen Identität, welche diese Stadtviertel von besonderem kulturellen Wert, die unter dem Begriff „Medinas“ zusammengefasst werden, prägen. So wird in Marokko seit einigen Jahren technische Hilfe geleistet, um gemeinsam mit den Partnern vor Ort die Kriterien zur Ergreifung von Maßnahmen in den historischen Stadtkernen festzulegen und die entsprechenden Investitionsmöglichkeiten im Rahmen einer ausgewogenen Entwicklung des gesamten betroffenen Stadtgebietes zu prüfen.

Dabei handelt es sich um eine komplexe Angelegenheit, bei der sehr unterschiedliche Fachgebiete aufeinander abgestimmt werden müssen: Stadtentwicklung, Architektur, öffentliche Finanzen, allgemeine Verwaltung, Soziologie, Statistik, Projektmanagement und Finanzengineering (insbesondere im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften). Dies setzt eine Bündelung der Mittel und Erfahrungen aller Akteure im Hinblick auf eine konzertierte Aktion sowie eine Beteiligung der öffentlichen Entscheidungsträger und privaten Investoren voraus. In bestimmten Bereichen spielt besonders Erfahrung eine wesentliche Rolle. Diese Initiative steht bereits seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung der UNESCO und der Weltbank. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Region wurde sie jedoch zurückgestellt, da andere Projekte als dringlicher eingestuft wurden. Es ist höchste Zeit, der Initiative wieder Priorität einzuräumen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass dieses urbane Erbe, das den historischen Städten des Mittelmeerraums ihren besonderen Charakter und ihre Attraktivität verleiht, unwiederbringlich verloren geht.

Die Schlussfolgerungen, die Philippe de Fontaine Vive, der für die FEMIP zuständige Vizepräsident der EIB aus der Konferenz in Venedig gezogen hat, kommen Empfehlungen für Leitlinien der „Medinas 2030“-Initiative gleich:

- Wir müssen verhindern, dass sich der Verfall der Stadtzentren fortsetzt und sie sich in Freizeitparks für Touristen verwandeln.
- Wir müssen eine integrierte Erneuerung der Medinas ins Auge fassen, die ihre kulturel-

len Besonderheiten bewahrt und gleichzeitig ein wirtschaftliches und soziales Leben von guter Qualität ermöglicht.

- Gute Bedingungen für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen müssen geschaffen werden, damit die Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet sind.
- Die Erneuerung muss auf eine Vielzahl von städtischen Funktionen abzielen und die Unterstützung der vorhandenen Bevölkerung oder angemessene Bedingungen für eine Umsiedlung umfassen.
- Die Erneuerung muss mit einer Konsultation der betroffenen Bevölkerung - z.B. unter Einsatz geeigneter Mitspracheinstrumente – einhergehen.
- Pilotprojekte könnten sich als ausgesprochen nützlich erweisen, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

• Die Einschaltung des privaten Sektors zur Gewährleistung einer ausreichenden Finanzierung ist unerlässlich.

• Der Erfolg der Sanierung der Medinas hängt im Wesentlichen davon ab, dass die Städte im Mittelmeerraum ihre Erfahrungen miteinander teilen. Die Einhaltung der besten Praktiken und Pilotprojekte ermöglichen eine Stärkung der nationalen und örtlichen Kapazitäten.

• Internationale Institutionen und örtliche Organisationen sollten sich noch stärker für die Sanierung der Medinas engagieren und Finanzmittel und technische Hilfe bereitstellen, die für die Verwirklichung integrierter Sanierungsprogramme benötigt werden.

Die FEMIP begrüßt dankbar alle Beiträge, die die „Medinas 2030“-Initiative zum Erfolg führen. Es wird eine jährliche Überprüfung stattfinden. ■

Mateu Turró, Beigeordneter Direktor,  
Direktion Projekte



# Die EIB verstärkt ihre Unterstützung für große Infrastrukturvorhaben in Italien



Daniela Sacchi-Cremmer  
Hauptabteilung Kommunikation

Am 8. Oktober unterzeichneten EIB-Präsident Philippe Maystadt und EIB-Vizepräsident Dario Scannapieco mit dem italienischen Minister für Infrastruktur und Verkehr, Altiero Matteoli, ein Rahmenabkommen für die Finanzierung von Bauarbeiten, die im Strategischen Zehn-Jahres-Infrastruktur-Plan der italienischen Regierung für den Zeitraum 2008-2012 vorgesehen sind. Damit hat die EIB das zweite Rahmenabkommen dieser Art abgeschlossen; 2002 hatte sie bereits mit dem spanischen Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten ein Abkommen unterzeichnet, das 2006 verlängert wurde.

Gemäß dem Abkommen werden die EIB und das Ministerium ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel verstärken, Projekte (mit Änderungen und Zusätzen) des Zehn-Jahres-Plans zu ermitteln, die für eine Finanzierung durch die Bank in Betracht kommen. Daneben werden sie auch gemeinsam die am besten geeigneten Finanzierungsstrukturen festlegen und die von der Bank im Bereich strukturierte und Projektfinanzierungen in Europa erworbenen Fachkenntnisse teilen, z. B. zu Themen wie Wettbewerbs- und Verhandlungsverfahren für die Vergabe von Konzessionen im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften.

Die EIB wird für volkswirtschaftlich tragfähige und nachhaltige Infrastrukturvorhaben ein Finanzierungsvolumen von etwa 15 Mrd EUR zur Verfügung stellen können. Zwischen 2003 und 2007 hat die EIB Infrastrukturvorhaben in Italien mit insgesamt rund 10 Mrd EUR unterstützt.

„Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens stärkt und formalisiert die EIB ihr Engagement zur Unterstützung des Zehn-Jahres-Plans der italienischen Regierung, wobei sie die Möglichkeiten zur Finanzierung von strategischen Infrastruktureinrichtungen vereinfacht und erweitert, insbesondere für Vorhaben zur Fertigstellung der italienischen Abschnitte der transeuropäischen Verkehrsnetze“, erläuterte EIB-Präsident Philippe Maystadt bei der Unterzeichnung.

In der Vergangenheit hat die Bank wichtige Teile dieses Plans mitfinanziert, unter anderem das Hochgeschwindigkeitseisen-

bahnnetz, die U-Bahn in Rom, die Flughafeninfrastruktur in Rom, Venedig, Bologna und Mailand sowie die Plattformen für den intermodalen Verkehr in Sizilien und Piemont.

Die Finanzierungen der EIB können für Vorhaben gewährt werden, die direkt durch das Ministerium oder durch staatliche Verwaltungen und Unternehmen, Regionen, regionale öffentliche Einrichtungen bzw. Konzessionsgesellschaften durchgeführt werden. Das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr wird Treffen mit diesen Partnern organisieren, um sie über die mögliche Verfügbarkeit von EIB-Mitteln im Rahmen des Abkommens zu informieren. Die Darlehen können über erstklassige Banken bereitgestellt oder in Form von strukturierten bzw. Projektfinanzierungen oder nach anderen finanztechnischen Konstruktionen gewährt werden. Zur Ermittlung potenzieller Synergien und Formen der Kofinanzierung wird das Ministerium gemeinsam mit der EIB die Möglichkeiten untersuchen, die im Rahmen von Programmen der Europäischen Union zur Verfügung stehen. ■

# Internationale Konferenz zur Politik für Studentendarlehen in der EIB

Vier Jahre nachdem die EIB das erste Programm für Studentendarlehen (IntesaBridge in Italien) finanzierte, organisiert die Abteilung Humankapital der EIB-Direktion Projekte eine Konferenz am 22.-23. Januar 2009, um über die neuesten Entwicklungen und Aussichten bei Studentendarlehen zu informieren. Bei dieser Konferenz werden mehr als ein Dutzend hochrangige Gastredner Einblick in die Welt der Finanzierung von Hochschulbildung zur Förderung ihrer Qualität und zur Erleichterung des Zugangs geben. Das Ziel der Konferenz besteht darin, das Thema Studentendarlehen in der EU politisch in den Vordergrund zu rücken, in anderen Ländern (z.B. Mittelmeer-Partnerländer, Balkan usw.) Gespräche darüber anzuregen und zwischen Behörden und/oder Banken, die eine Einführung derartiger Programme erwägen, die Diskussion zu fördern.



Die Zielgruppe der Konferenz sind führende Entscheidungsträger in der Hochschulpolitik, Finanzinstitute und der weitere Kreis der Verantwortlichen für die Finanzierung von Hochschulbildung im Allgemeinen und Studentendarlehen im Besonderen. Vertreten sein werden: die Europäische Kommission, Verwaltungsstellen für Studentendarlehen, Bildungs- und Finanzministerien und sonstige Regierungsorganisationen, europäische Finanzintermediäre, Studentenorganisationen, die OECD, die Weltbank, die UNESCO sowie Hochschulen.

Die Konferenz wird in fünf Sitzungen folgende Themen behandeln: 1) Studenten-

darlehen als Kernstück eines Modells zur Finanzierung von Hochschulbildung; 2) Praxiserfahrungen – Erkenntnisse aus Fallstudien in der EU; 3) Rundgespräch über entscheidende Erfolgsfaktoren für Studentendarlehen mit Vertretern von Verwaltungsstellen für Studentendarlehen, Bildungsministerien und Banken; 4) zunehmende Mobilität von Studierenden durch neue Finanzierungslösungen; 5) Rundgespräch – Brainstorming zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf EU-Ebene, um Studenten, die einen Teil ihres Studiums im Ausland absolvieren möchten, den Zugang zu Darlehensfazilitäten zu erleichtern, einschließlich der Tragfähigkeit eines gesamt-europäischen Programms zur Förderung der Mobilität auf EU-Ebene.

Präsident Maystadt wird die Konferenz eröffnen und Vizepräsident da Silva Costa wird das Schlusswort sprechen. Am Vorabend der Konferenz gibt die Direktion Projekte ein Begrüßungssessen für die Gastredner mit einer Grundsatzrede von Vizepräsidentin Srejber.

Näheres über die Konferenz können sie unter [www.eib.org/events](http://www.eib.org/events) oder von Luisa Ferreira erfahren ([l.ferreira@eib.org](mailto:l.ferreira@eib.org)). ■

**M. Luisa Ferreira**  
Economic Adviser,  
Abteilung Humankapital,  
Direktion Projekte

# Roadshow

## zu Forschung, Entwicklung und Innovation

Die für die Darlehensstrategie der Bank in Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Schweden zuständige EIB-Vizepräsidentin Eva Srejber hatte in diesem Jahr die anspruchsvolle Aufgabe, in jedem dieser Länder ein Seminar über die Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI) zu organisieren. Diese Veranstaltungen boten darüber hinaus eine gute Gelegenheit, im Jahr des 50-jährigen Bestehens der Bank Rückschau zu halten, was die EIB in der Region seit dem EU-Beitritt von Schweden und Finnland im Jahr 1995 und der baltischen Staaten 2004 erreicht hat. Die Roadshow begann am 11. April in Schweden und endete am 14. November in Tallinn. Um den gesamten Ostseeraum einzubeziehen, wurden diese Seminare im Mai durch ein ähnliches Seminar in Kopenhagen und eine größere Konferenz am 6. November in Warschau ergänzt, die mit fast 200 Teilnehmern einen Besucherrekord verzeichnete.

Olivia Saunders  
Hauptabteilung Kommunikation

**Z**iel der Roadshow war es, eingehend über die Finanzierungstätigkeit der EIB in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Innovation, Bildung, Technologietransfer und Risikokapital zu informieren und diejenigen, die Projekte in diesen Bereichen entwickeln oder unterstützen wollen, konkrete Lösungen vorzuschlagen. Bei der Veranstaltung in Warschau waren erneuerbare Energien und Klimawandel zusätzliche Schwerpunktthemen. FEI ist bekanntlich einer der Schlüsselfaktoren für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung einer wissensbasierten Wirtschaft, die zu den vorrangigen Zielen der EU gehört. Als wichtigste Instrumente wurden die von der EIB angebotene Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (Risk Sharing Finance Facility – RSFF) sowie die Risikokapital- und Technologietransferaktivitäten des Europäischen Investitionsfonds vorgestellt.





Die Veranstaltungen haben dazu beigetragen, den Bekanntheitsgrad der EIB zu erhöhen, und boten die Gelegenheit, die Ostseestrategie vorzustellen, die die EU im kommenden Jahr einführen wird.

An jedem Seminar nahmen durchschnittlich etwa 50 Vertreter aus Unternehmen, Banken und öffentlichen Einrichtungen sowie sonstige Akteure teil, die umfassend an FEI-Maßnahmen beteiligt sind. Diese relativ geringe Teilnehmerzahl passte ideal zur Zielstellung der Seminare, da diese nicht darauf ausgelegt waren, einfach nur eine weitere EU-Fazilität vorzustellen, sondern vielmehr den konstruktiven Dialog mit Akteuren der Region zu suchen und mit ihnen den Bedarf an Finanzierungen sowie das verfügbare Angebot auf den jeweiligen Märkten zu erörtern.

Die Seminare sollten genau auf den jeweiligen Markt zugeschnitten sein und wurden deshalb gemeinsam mit einem Partner aus dem jeweiligen Land – zumeist mit dem Finanzministerium oder dem Industrieverband – organisiert. Als Partnerinstitutionen der EIB waren die Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission und der Europäische Investitionsfonds vertreten. Oftmals wurden auch hochrangige Redner wie Finanzminister oder Unternehmensvertreter eingeladen, die bei Finanzierungen bereits mit der EIB zusammengearbeitet haben. Sie schilderten ihre eigenen Erfahrungen und legten den ganz spezifischen Bedarf ihres Landes dar, so dass ein breiter Austausch von Ansichten und Informationen möglich wurde. Nun ist die Roadshow beendet und auch das Jahr 2008 ist vorüber. Die EIB möchte allen Partnern danken, die dazu beigetragen haben, diese anspruchsvolle Aufgabe zu einem so erfolgreichen Abschluss zu bringen.

In diesem Jahr wurden ein Darlehen von 54 Mio EUR für das Projekt Getinge Medical Technology in Schweden (das zu einem Großteil der Entwicklung eines neuartigen Anästhesiesystems und verbesserter Beatmungssysteme für Operationssäle dient) sowie ein Darlehen für das Projekt Haldor Topsøe RDI in Dänemark unterzeichnet. Weitere umfangreiche RSFF-Projekte mit eigenständigen Joint Ventures sind bereits in Vorbereitung. Außerdem will die Bank über Risikoteilungsfazilitäten in Zusammenarbeit mit nordischen, polnischen und baltischen Banken kleinere Unternehmen in der Region erreichen. Diese Fazilitäten werden derzeit erörtert. ■

## Was ist die RSFF?

Die Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF – Risk Sharing Finance Facility) ist ein Instrument der EIB und der Europäischen Kommission zur Finanzierung der Vorhaben von Unternehmen jeder Größe und Eigentumsverhältnisse, die ein niedriges bzw. unterhalb der Investment-Grade-Kategorie eingestuftes Risikoprofil aufweisen und FuE-Investitionsvorhaben in fünf Hauptsektoren durchführen: Maschinenbau/ Automobiltechnik, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Biowissenschaften und FEI-Infrastrukturen.

Unter Teilung des Kreditrisikos für Investitionen in die wissensbasierte Wirtschaft können mit diesem Instrument Darlehen von schätzungsweise bis zu 10 Mrd EUR mobilisiert werden. Die EIB finanziert bis zu 50% der Kosten von FEI-Projekten. Diese Unterstützung erfolgt in Form von Garantien oder Darlehen, die direkt gewährt werden oder über ein zwischengeschaltetes Institut wie eine Bank oder eine Zweckgesellschaft bereitgestellt werden. Die EIB gewährt Direktdarlehen von 7,5 Mio bis 200 Mio EUR.

Seit der Europäische Rat im Jahr 2000 beschlossen hat, die Forschungsausgaben bis 2010 auf 3% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, hat die EIB Darlehen von rund 66 Mrd EUR für Vorhaben in den Bereichen FEI, Bildung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien gewährt.



# EIB eröffnet Büros in Ankara und Istanbul

Die EIB hat Regionalvertretungen in Ankara (23. Oktober) und Istanbul (24. Oktober) eröffnet, um ihre Möglichkeiten zu verbessern, auf den Finanzierungsbedarf öffentlicher und privater Kunden in der Türkei einzugehen, und die Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Partnern zu stärken. Alain Terrailon leitet das Büro in Istanbul, das im November die Tätigkeit aufnahm, und vorläufig auch das Büro in Ankara.



„Unsere Regionalbüros werden es uns ermöglichen, näher am Markt zu sein, die Bedürfnisse von Projektträgern besser zu verstehen und unsere Finanzprodukte noch genauer auf den Bedarf vor Ort zuzuschneiden“, sagte EIB-Präsident Maystadt bei der Einweihung des Büros in Istanbul. „Wir müssen die wichtigsten Akteure dieser Märkte besser kennenlernen, und unsere Präsenz vor Ort wird uns in die Lage versetzen, unsere Verbindungen zu stärken und in Zukunft noch enger zusammenzuarbeiten.“

Bei diesem Anlass beschrieb Präsident Maystadt auch den Hintergrund der Operationen der EIB und den Ausblick für ihre Aktivitäten in der Türkei.

Im Dezember 2004 entschied der Europäische Rat, die Türkei erfülle die politischen Kriterien von Kopenhagen; damit war der Weg für Bei-

trittsverhandlungen offen und die Türkei ein klarer EU-Beitrittskandidat. Dieser Beschluss setzte einen historischen Prozess in Gang, der sich mit der Entwicklung der Türkei zur Europäischen Union hin weiter entfaltet. Zweitens hat sich die Türkei in den letzten Jahren dramatisch verändert: Sie hat nach der Krise von 2001 ihren Finanz- und Bankensektor modernisiert; sie hat ein rigoroses Programm institutioneller und sozialer Reformen in Angriff genommen, die sie der EU näher bringen; sie hat massiv in ihr Humankapital investiert, ihre Unternehmenskultur gestärkt und erhebliche Investitionen aus dem Ausland angezogen. All dies hat zu einem starken Wirtschaftswachstum geführt, das in den letzten fünf Jahren jeweils über 5% lag und dessen treibende Kraft die steigende Produktivität im privaten Sektor ist.

Im Zuge der Vorbereitungen auf den Beitritt konnte die EIB die Palette der Finanzinstru-

mente, die sie für ihre Aktivitäten in der Türkei einsetzen kann, erheblich erweitern. Die Bank ist nicht mehr ausschließlich im Rahmen einer Dachvereinbarung als Bestandteil des EU-Haushalts tätig, sondern sie hat nun vielfältige Instrumente, um Projekte in der Türkei auf eigene Initiative und eigenes Risiko zu finanzieren.

Während ihrer mehr als 40-jährigen Tätigkeit in der Türkei hat die Bank dort private und öffentliche Projekte mitfinanziert, darunter Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Verkehr, Energie und Umwelt. Investitionen in effiziente Infrastrukturanlagen, die von großen transeuropäischen Verkehrskorridoren bis zu einer verbesserten kommunalen Infrastruktur reichen, sind von wesentlicher Bedeutung für die Unterstützung des starken Wachstums der türkischen Wirtschaft und werden zu engeren Handelsbeziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Weltmarkt beitragen. Die EIB blickt auf eine langjährige, fruchtbare Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Entwicklung der Infrastruktur des Landes, u.a. bei Vorhaben von zentraler nationaler Priorität wie der Bosphorus-Brücke, dem Bosphorus-Tunnel und der Eisenbahnstrecke Istanbul-Ankara zurück.

Darüber hinaus unterstützt die Bank mit ihren Finanzierungen Investitionen von Unternehmen in den Fertigungsindustrien, dem Versorgungs- und dem Dienstleistungssektor, die Darlehensvergabe an kleine und mittlere Unternehmen durch lokale Finanzinstitute sowie Investitionen im Bildungssektor und



die Förderung einer wissensbasierten Wirtschaft. Im Bereich der Unternehmen besteht die Tätigkeit der Bank hauptsächlich darin, in Verbindung mit nationalen und internationalen Banken, u.a. anderen IFI, den Finanzierungsbedarf von Unternehmen zu decken, die in der Türkei investieren, meist in Zusammenarbeit mit Partnern aus der inländischen Industrie.

Die EIB ist Partnerschaften mit in- und ausländischen Investoren aus der Industrie eingegangen und unterstützt in Zusammenarbeit mit einem ausgedehnten Netz inländischer Banken den dynamischen KMU-Sektor in der Türkei. Darüber hinaus weitet die Bank ihre Tätigkeit schrittweise auf andere vorrangige Bereiche aus, die von zentraler Bedeutung für künftigen Wohlstand sind, u.a. die Förderung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und

sicheren Energieversorgung sowie Forschung, Entwicklung und Innovation.

Im Jahr 2008 beliefen sich die EIB-Finanzierungen in der Türkei auf etwa 2,8 Mrd EUR; damit ist die Türkei der größte Empfänger von EIB-Darlehen außerhalb der EU.

„Wir können zufrieden auf eine Zusammenarbeit zurückblicken, die in über 40 Jahren gewachsen ist“, schloss Präsident Maystadt. „Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Zusammenarbeit in den kommenden Jahren und Jahrzehnten fortsetzen und weiter vertiefen können, und dass unsere Büros hier einen Beitrag zu diesem Prozess leisten werden.“ ■

Hellen Meijer,  
Hauptabteilung Kommunikation



# EIB arbeitet zur Unterstützung der Entwicklung **Georgiens** mit anderen IFI zusammen

Anlässlich der Geberkonferenz für Georgien bekräftigte die EIB kürzlich ihre Absicht, Investitionsvorhaben zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Georgiens in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und anderen internationalen Finanzinstitutionen zu unterstützen.



Die Bank hat sich bereit erklärt, sich an der Kofinanzierung des umfangreichen Investitionsbedarfs des Landes zu beteiligen, um zum einen die unmittelbar durch die jüngsten Militäroperationen bedingten Schäden zu beheben und zum anderen die Wirtschaft kurz- und längerfristig durch die Entwicklung tragfähiger Infrastrukturen anzukurbeln. Dieser Bedarf wurde im Rahmen der gemeinsamen Bedarfsanalyse (Joint Needs Assessment – JNA) im September 2008 ermittelt, an der die EIB aktiv teilnahm.

Die Bank hat beschlossen, Darlehen im Umfang von über 200 Mio EUR für Infrastrukturprojekte bereitzustellen, die anhand des JNA für die Jahre 2009 und 2010 identifiziert wurden. Insbesondere zieht die EIB die Finanzierung von Vorhaben in Betracht, welche die Erzeugung oder den Transport von Energie zum Gegenstand haben, wie z.B. Hochspannungsübertra-

gungsleitungen (56 Mio EUR) und Wasserkraftanlagen (90 Mio EUR). Ferner zieht die EIB in Erwägung, Darlehen für die Sanierung von Eisenbahnen (65 Mio EUR) und die Erneuerung der Start- und Landebahn des Flughafens Tiflis (11 Mio EUR) bereitzustellen.

Die EIB beabsichtigt, diese Investitionsvorhaben gemeinsam mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zu gleichen Teilen zu finanzieren. Beide Banken werden bei der Europäischen Kommission (Nachbarschaftsinvestitionsfazilität – NIF) oder anderen Stellen gegebenenfalls Zuschüsse beantragen, um die Darlehen zu ergänzen oder die Konditionen noch günstiger zu gestalten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wird derzeit ein Investitionsprojekt vorbereitet, das den Bau von Hochspannungsleitungen betrifft. In diesem Fall umfasst

der Finanzierungsplan einen Zuschuss für technische Hilfe von 8 Mio EUR aus der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität der EU, der bereits genehmigt wurde, ferner Darlehen der EBWE und der EIB in Höhe von jeweils 56 Mio EUR sowie ein Darlehen der KfW Bankengruppe im Umfang von 100 Mio EUR. ■

Dušan Ondrejčka  
Hauptabteilung Kommunikation



# FEMIP-Seminar über Humankapital

## Wie können im Mittelmeerraum mehr Arbeitsplätze für Jungakademiker geschaffen werden?



Am 18. und 19. November 2008 fand am Hauptsitz der EIB das FEMIP-Seminar „Matching skills and market needs: the human capital challenge in the Mediterranean region“ (Abstimmung von Qualifikationen und Markterfordernissen: Die Entwicklung des Humankapitals im Mittelmeerraum und damit verbundene Herausforderungen) statt. Unter den rund 70 Seminarteilnehmern befanden sich auch Beamte von Bildungs- und Beschäftigungsministerien der EU und des Mittelmeerraums, Vertreter multilateraler Organisationen, des privaten Sektors und der Medien sowie von Universitäten.\*

### Humankapital - zentraler Faktor für die künftige Entwicklung der Region

Das Seminar wurde im Rahmen des FEMIP-Praktikumprogramms veranstaltet, das aus dem FEMIP-Treuhandfonds finanziert wird. Es war in drei Teile mit folgenden Themenschwerpunkten untergliedert: Arten von Arbeitsplätzen und Wirtschaftsmodellen, die gefördert werden müssen; Möglichkeiten einer besseren Anpassung der Bildungspläne an die Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie Maßnahmen zur Ausweitung des Beschäftigungsangebots und zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Der Großteil der Teilnehmer unterstrich die enorme Herausforderung, mit der die Mittelmeer-Partnerländer konfrontiert werden. Junge Leute unter 25 Jahren machen nahezu zwei Drittel der Bevölkerung aus. Dies ist ein großer Vorteil, solange für diese jungen Leute auch genügend Arbeitsplätze vorhanden sind. Die Mittelmeerländer verzeichnen

jedoch – insbesondere bei den Jungakademikern - hohe Arbeitslosenquoten. Um die Arbeitslosenquoten auf ihrem derzeitigen Niveau zu halten, müssen in dieser Region bis zum Jahr 2020 etwa 20 bis 60 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

### Humankapital - Priorität der EU-Politik im Mittelmeerraum

Seit dem ersten Ministertreffen zu Hochschulbildung und Forschung in Kairo im Juni 2007 und dem Paris-Gipfel für den Mittelmeerraum im Juli 2008 ist das Thema Humankapital in den Mittelpunkt der politischen Agenda gerückt. In der Erklärung des Paris-Gipfels wurde es als eines der vorrangigen Tätigkeitsbereiche der EU im Mittelmeerraum festgeschrieben. Auf der Außenministerkonferenz in Marseille und beim folgenden Treffen der Industrieminister in Nizza Anfang November wurden zahlreiche Maßnahmen festgelegt, die die Hochschulbildung und das Unternehmertum fördern und die Berufsausbildung verbessern sollen. Dieses Engagement für das Humankapital wurde von den Bildungsministern auf ihrer Konferenz am 9. und 10. November in Marrakesch erneut bestätigt.

\* Weitere Informationen zu dem Seminar können auf der Website der EIB unter [www.eib.org/events](http://www.eib.org/events) abgerufen werden.



### Wie soll vorgegangen werden?

Die FEMIP hat im Zeitraum 2002–2007 etwa 70 Mio EUR für Projekte in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung zur Verfügung gestellt. Auf der Grundlage der von der Bank in der EU gewonnenen Erfahrung kann die FEMIP nun eine Ausweitung der Unterstützung der allgemeinen und beruflichen Bildung in Betracht ziehen. Sie könnte vor allem den Bau von Berufsausbildungszentren finanzieren, und die Durchführung der jeweiligen Vorhaben könnte erforderlichenfalls durch aus dem EU-Haushalt finanzierte technische Hilfe unterstützt werden. Ferner könnte sie ihre Finanzierungen in innovativen Sektoren ausweiten, indem sie Beteiligungen an Equity-Fonds übernimmt, die auf die Finanzierung von Start-up-Unternehmen spezialisiert sind. Eine wesentliche Rolle der FEMIP könnte auch darin bestehen, die verschiedenen Anspruchsgruppen dazu zu bewegen, sich mit dem Thema Humankapital auseinanderzusetzen. Durch ihre zahlreichen Kontakte mit Geschäftsleuten und

Handelskammern könnte die FEMIP beim Thema Humankapital als Bindeglied zwischen politischen Entscheidungsträgern und Unternehmen fungieren. Im Übrigen könnte sie auch die Nachfrage nach Arbeitskräften stimulieren, indem sie kleine Unternehmen, vor allem Arbeitsplätze schaffende Familienunternehmen, unterstützt. Dieses Thema wird insbesondere im Rahmen der

nächsten FEMIP-Konferenz erörtert werden, die im März 2009 in Rabat stattfinden und sich schwerpunktmäßig mit KMU befassen wird. ■

Joyce Liyan  
Hauptabteilung Nachbar- und  
Partnerländer Europas



# Rolle der FEMIP beim Aufbau der Union für das Mittelmeer

Auf dem Gipfeltreffen in Paris zur Gründung der Mittelmeerunion am 13. Juli 2008 wurde der Barcelona-Prozess neu ausgerichtet und ein wichtiger Schritt zur Festigung der Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum vollzogen. Im Rahmen einer Reihe von Ministertreffen wurden Fragen der Organisation, der Führung und der Finanzarchitektur der Union für das Mittelmeer genauer definiert. Als führender Geldgeber in der Region nahm die FEMIP aktiv an diesen Treffen teil. Ihr wurde die Rolle des Hauptkoordinators von drei der auf dem Pariser Gipfeltreffen als prioritär eingestuft Schlüsselinitiativen zugewiesen.

### Die 8. Sitzung des Ministerausschusses der FEMIP: neue Herausforderungen für die EIB

Die gemeinsame Sitzung des EuroMed-ECO-FIN-Rates und des Ministerausschusses der FEMIP, die am 7. Oktober 2008 in Luxemburg stattfand, war das erste Ministertreffen nach dem Gipfel in Paris. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise erörterten die Minister die anstehenden Herausforderungen und bekräftigten ihren Entschluss, sich weiterhin für Wirtschaftswachstum einzusetzen. Sie brachten außerdem deutlich zum Ausdruck, dass sie sich für die Durchführung

von konkreten, von den Staats- und Regierungschefs am 13. Juli identifizierten regionalen Projekten einsetzen werden.

Die Minister hoben vor allem die Rolle der FEMIP in drei der sechs in der Erklärung des Paris-Gipfels festgelegten Schlüsselbereichen hervor, und zwar bei der Säuberung des Mittelmeeres, dem Aufbau von Meeresautobahnen und der Durchführung des Solarenergieplans für den Mittelmeerraum. Sie begrüßten die Strategie der FEMIP für den Zeitraum 2008-2010, die es ihr ermöglicht, ihre Tätigkeit auszuweiten und Investitionen in größerem Umfang zu fördern. Die FEMIP wurde außerdem gebeten, ihren Beitrag zur Entwicklung beruflicher Fertigkeiten und zur Förderung der Berufsausbildung zu verstärken. Diese Bereiche tragen maßgeblich zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und zum Wachstum bei.

### Konferenz in Marseille: ein Meilenstein für die Union für das Mittelmeer

Die Ministerkonferenz zur Initiative "Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum" am 3.-4. November 2008 in Marseille endete mit einer Erklärung der Außenminister der Mittelmeerunion über die Führung, die Projekte und den regionalpolitischen Dialog, die den Aufbau und die Führung der in „Union für das Mittelmeer“ umbenannten Initiative festlegt.

Die Minister verabschiedeten außerdem das Arbeitsprogramm für 2009 und forderten die FEMIP auf, ihre Tätigkeit in mehreren Bereichen – insbesondere im Fremdenverkehr – auszuweiten. Sie bestätigten ferner, dass 2009 zwei FEMIP-Konferenzen zu den Themen der nachhaltigen Finanzierung von Wasservorhaben resp. der finanziellen Unterstützung für KMU stattfinden werden.

### Ministerkonferenz in Nizza: Mobilisierung von Mitteln für konkrete Projekte

Im Anschluss an die Konferenz in Marseille fand am 5.-6. November 2008 die 7. Europa-Mittelmeer-Konferenz der Minister für Industrie in Nizza statt. Auf dieser Konferenz verabschiedeten die Minister das Arbeitsprogramm zur industriellen Zusammenarbeit für 2009 und 2010, das auf eine verstärkte Förderung von Wettbewerb, Innovation und nachhaltiger industrieller Entwicklung im Mittelmeerraum abzielt.

In diesem Rahmen wurde die Bank gebeten, im ersten Halbjahr 2009 ein Investitionsprogramm zur Entwicklung der Solarenergie im euromediterranen Raum vorzuschlagen.

Außerdem stimmten die Minister auf der Suche nach Möglichkeiten für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit europäischer Partner in den Mittelmeerdrittländern der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu, an der der private Sektor beteiligt sein wird und welche die Aufgabe hat, erfolgreiche Projekte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Schließlich schlugen die EIB gemeinsam mit der französisch-ägyptischen Präsidentschaft vor, im Januar 2009 in Kairo ein Treffen mit den wichtigsten arabischen, europäischen und mediterranen Finanzinstitutionen einzuberufen und dort Mittel und Wege zu erörtern, wie die Mobilisierung von Mitteln zur Finanzierung von Industrieprojekten – vor allem in den beim Paris-Gipfel als prioritär bezeichneten Bereichen – sichergestellt werden kann. ■

### Von Joyce Liyan Hauptabteilung Europäische Nachbar- und Partnerländer





# Im Fokus: der Infrastrukturbedarf Afrikas

Zwar haben jüngste Verbesserungen im Telekommunikationssektor zum Wachstum Afrikas beigetragen, doch ist in kritischen Bereichen wie Strom und Wasser noch viel zu tun.



**A**m 1. Oktober stellten Vivien Foster und Cecilia Briceño-Garmendia von der Weltbank dem Personal der EIB ihre vorläufigen Ergebnisse der zweijährigen Infrastruktur-Studie „Africa Infrastructure Country Diagnostics (AICD)“ vor. Diese umfangreiche, von zahlreichen Geldgebern finanzierte Studie analysiert eine repräsentative Gruppe von 24 Ländern in Afrika südlich der Sahara, evaluiert bereits erfolgte Interventionen, prüft den aktuellen Bedarf und versucht, ein breites Fundament für die Überwachung künftiger Investitionen und die Steuerung der Geberaktivitäten zu schaffen. Die AICD-Studie beschäftigt sich mit den Bereichen Energie, Verkehr, Telekommunikation und Wasser und stützt sich unter anderem auf vorhandene Umfragen, die bei privaten Haushalten und Unternehmen durchgeführt wurden.

## Kostenintensiver Nachholbedarf

Zwar haben jüngste Verbesserungen im Telekommunikationssektor zum Wachstum Afrikas beigetragen, doch die AICD-Studie kommt zu dem Schluss, dass in kritischen Bereichen wie Strom und Wasser noch viel mehr Handlungsbedarf besteht. Der Bedarf an Infrastrukturinvestitionen wird auf

jährlich 75 Mrd USD veranschlagt (deutlich höher als früher geschätzt), wobei jeweils die Hälfte in neue Infrastruktur und in den Betrieb bzw. die Instandhaltung bestehender Infrastruktur fließt. Obwohl auch die Finanzierungen für Infrastrukturvorhaben höher ausfallen als bisher erwartet, klafft in den kommenden zehn Jahren nach wie vor eine Finanzierungslücke von jährlich rund 35 Mrd USD.

Der Stromsektor stellt Afrika vor die weitest größte Herausforderung. Hier besteht auch der höchste Investitionsbedarf. Über 30 Länder leiden unter chronischem Strommangel. Viele wussten sich nicht mehr anders zu helfen, als Notstromanlagen zu mieten, deren hohe Kosten das BIP-Wachstum um bis zu 2% schmälern können. Dringend benötigt werden zusätzliche Stromerzeugungskapazitäten, Übertragungsleitungen und eine Reform der Energieversorgung. Man ist mittlerweile sogar bereit, für bessere Leistungen zu bezahlen. So gehen über 6% der vorhandenen Kapazität Südafrikas auf Investitionen des privaten Sektors zurück. Der Stromsektor stellt nicht nur einen vorrangigen Förderbereich der EIB in Afrika dar, sondern bietet auch die Möglichkeit, sauberere und effizientere Energiequellen zu entwickeln.

Im Verkehrsbereich genießt die Anbindung der ländlichen Gebiete nach wie vor Priorität, jedoch müssen auch die Hauptstraßennetze saniert und modernisiert werden. Weitere sektorspezifische Reformen wie die Stärkung von Straßenfonds und Verkehrsbehörden sind erforderlich, um eine ausreichende Instandhaltung der Straßennetze sicherzustellen und die Vermögenswerte nachhaltig zu schützen. Auch eine Förderung des Wettbewerbs im Straßengüterverkehr könnte zur Ausweitung des Dienstleistungsangebots und zur Senkung der hohen Kosten beitragen. Ein weiterer kritischer Förderbereich der EIB ist die Entwicklung von Seehäfen. Die nur geringe Containerisierung hat zur Folge, dass die Dienstleistungen der Seehäfen in Afrika südlich der Sahara teuer und ineffizient sind und das Gütervolumen häufig die Kapazität des Seehafens übersteigt.

Auf internationaler Ebene ist die Bereitschaft mittlerweile sehr hoch, regionale Infrastrukturvorhaben in Afrika zu unterstützen. Dies könnte zur wirtschaftlichen Integration, einem stärkeren Wettbewerb sowie einer positiven Marktentwicklung, insbesondere in den afrikanischen Binnenländern, beitragen. Die Skaleneffekte, die bei einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der



Regierungen erzielt würden, könnten vor allem im Verkehrs- und im Energiesektor zu erheblichen Kostensenkungen führen. Der von der EIB verwaltete Treuhandfonds der Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika kann bei der Umsetzung solcher Regionalprojekte eine wichtige Rolle spielen, indem er die Darlehen europäischer Finanzinstitutionen mit Zuschüssen ergänzt. Derzeit ist die Projektpipeline vorwiegend durch den Energiesektor geprägt, wie z.B. das Projekt „Caprivi Interconnector“ (siehe Artikel S. 26).

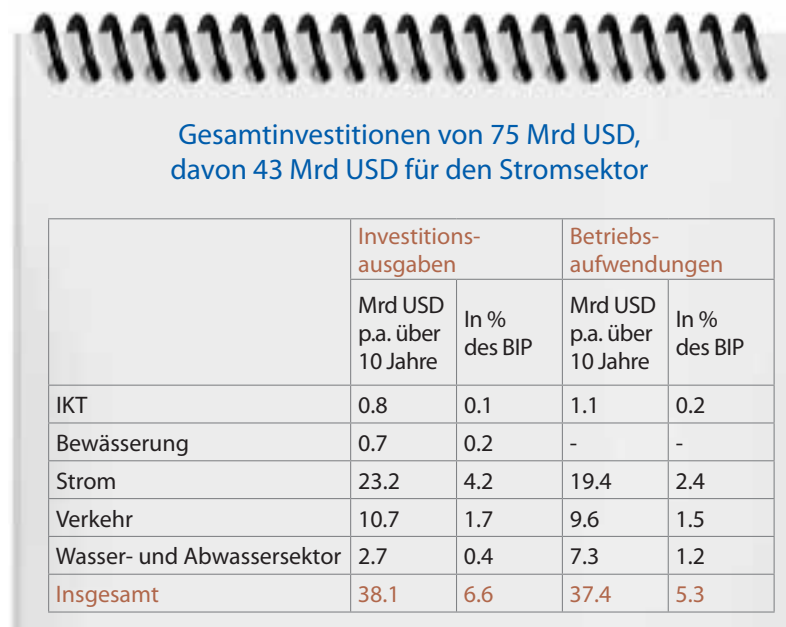
### Geld allein reicht nicht, auch mehr Effizienz ist gefragt

Für das Schließen der Infrastrukturlücke in Afrika spielt eine höhere Effizienz unter Umständen eine genauso große Rolle wie höhere Investitionen. Der AICD-Studie zufolge trägt Afrika selbst möglicherweise stärker zur Entwicklung der Infrastruktur bei (über staatliche Ausgaben) als bisher angenommen. Dennoch sind in vielen Ländern Mängel bei der Verteilung der öffentlichen Mittel, eine unzureichende Ausschöpfung des Investitionsbudgets, hohe Infrastruktureinheitskosten sowie unzureichende Mittel für die Instandhaltung zu beobachten. Eine Behebung dieser Mängel könnte die jährliche Finanzierungslücke von 35 Mrd USD mehr als halbieren. Hierzu können die Entwicklungspartner einen stärkeren Beitrag leisten, indem sie neben den Investitionen auch institutionelle Reformen fördern und z.B. den Fachministerien bei der Budgetierung, Planung, Tariffestlegung und bei den Prüfungs- und Vergabeverfahren zur Seite stehen. Von Interesse sind letztlich auch die starken Unterschiede bei den Kosten der von den ausländischen Geldgebern bereitgestellten Mittel. Diese Finanzierungsquellen müssen optimiert werden um sicherzustellen, dass die Verschuldung tragbar bleibt.

Die Ergebnisse dieser Studie werden bei der Geschäftsplanung der EIB in Afrika berücksichtigt. Weitere Informationen sind auf der AICD-Website ([www.infrastructureafrica.org](http://www.infrastructureafrica.org)) zu finden. Eine Zusammenfassung der AICD-Studie wird 2009 veröffentlicht. Zu gegebener Zeit werden die entsprechenden Informationen über ein webbasiertes Geografisches Informationssystem bereitgestellt. ■

**Alistair Wray**  
 Direktion Projekte, und  
**Robert Feige**, Hauptabteilung  
 Afrika, Karibik und Pazifik

### Investitionsbedarf gemäß AICD-Studie:



### Reichweite der AICD-Studie



# Die Caprivi-Verbundleitung ermöglicht regionale Stromintegration

Ziel des Projekts „Caprivi Interconnector“ ist es, durch die Schaffung eines Stromverbundes zwischen Namibia, Sambia und Simbabwe die namibischen Stromimporte zu diversifizieren und eine zuverlässige Stromversorgung der zwei Millionen Einwohner des afrikanischen Staates sicherzustellen. Die EIB, die Agence Française de Développement (AFD) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werden sich mit langfristigen, auf ZAR lautenden Darlehen in Höhe von jeweils 35 Mio EUR an diesem Vorhaben beteiligen, dessen Abschluss für 2010 vorgesehen ist.

**D**ie Kosten der 970 km langen 350 kV-Übertragungsleitung für den Projektträger NamPower werden auf 300 Mio EUR veranschlagt.

Dank dieser Verbundleitung kann NamPower Strom aus den Nachbarstaaten, die vielfach über große Wasserkraftkapazitäten verfügen, importieren und ihre Versorgungsmöglichkeiten diversifizieren. Das neue Vorhaben wird die Abhängigkeit Namibias von einem einzigen Stromversorger (Südafrika) verringern, von dem das Land derzeit 50% seines Stroms bezieht. Außerdem wird die bestehende Verbundleitung Insukamini-Matimba zwischen Simbabwe, Botswana und Südafrika dank der Caprivi-Leitung, die eine Alternative für den Stromtransport aus der Demokratischen Republik Kongo und Sambia nach Südafrika

bietet, von einer geringeren Netzüberlastung in Spitzenzeiten profitieren.

## Stärkung des South African Power Pool

Ein Stromverbund zwischen diesen Übertragungsnetzen zählt zu den wichtigsten regionalen Zielen der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft. Das Vorhaben wird zudem zur Stärkung und Stabilisierung des *South African Power Pool (SAPP)* beitragen. Der SAPP hat zwei Ziele und Funktionen: Zum einen koordiniert er die Schaffung eines integrierten regionalen Hochspannungsübertragungsnetzes, um freie Kapazitäten zum Ausgleich lokaler Engpässe bereitzustellen. Zum anderen wird die Existenz des SAPP langfristig dazu führen, dass die knapp bemessenen Investitionsmittel für Stromerzeugung in die Länder

mit dem kosteneffizientesten Ressourcenpotenzial fließen.

## Ein stabiler und funktionstüchtiger SAPP würde:

- es seinen Mitgliedern ermöglichen, die Schaffung von Spitzenkapazitäten zur Sicherstellung der Energieversorgung zu vermeiden. Erreicht werden könnte dies durch ein Handelssystem des SAPP, ähnlich wie im Fall der überschüssigen Windenergie in Dänemark, die in windreichen Zeiten an Deutschland verkauft wird. Spitzenkapazität ist kostenintensiv und basiert im Allgemeinen auf umweltschädlichem Diesel oder Schweröl;
- einen effizienten Energiehandel zwischen dem Norden und dem Süden des SAPP ermöglichen und durch den Energiehandel und die Ausnutzung von komparativen Vorteilen zur Entwicklung der Region beitragen;
- den nördlichen SAPP-Ländern, die über Wasserkraftkapazitäten verfügen, einen Anreiz verschaffen, Projekte in Angriff zu nehmen. Stromübertragungs- und Stromerzeugungsvorhaben sollten eigentlich parallel verlaufen, sind jedoch häufig in einer „Henne und Ei“-Situation gefangen. Dieser Investitionszyklus kann durch Zuschüsse in Gang gesetzt werden.

## Unterstützung des Caprivi-Vorhabens aus dem Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika

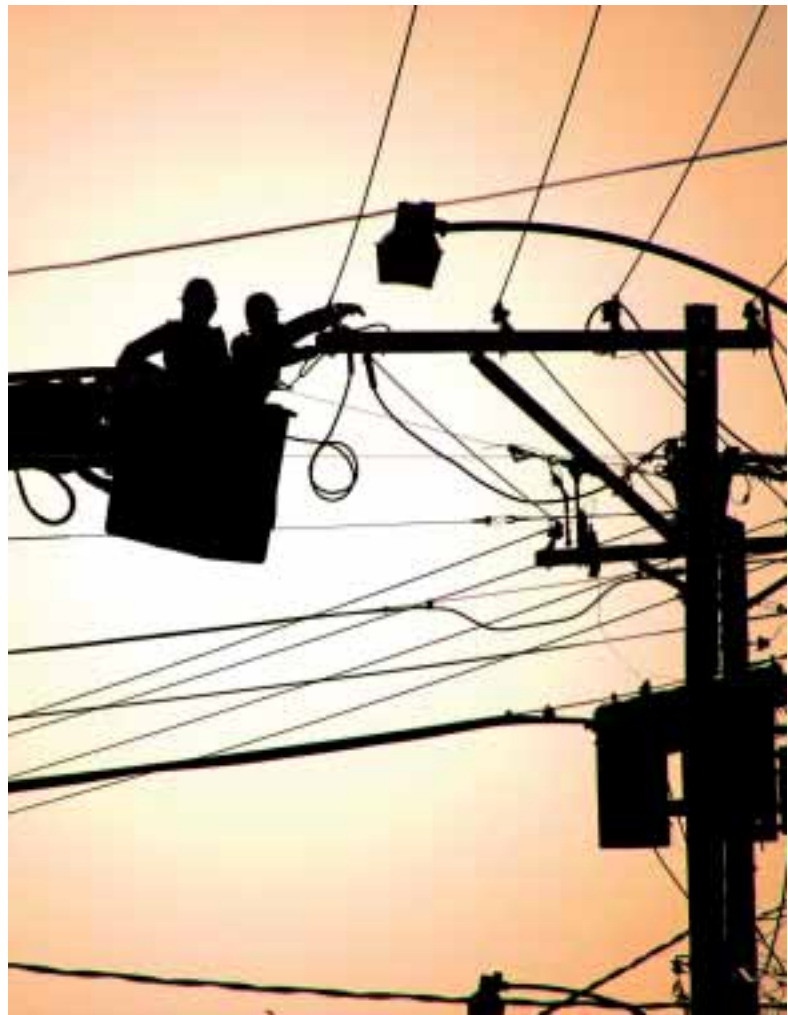
Auf Bitte von NamPower haben die drei internationalen Finanzinstitutionen gemeinsam eine Zinsvergütung in Höhe von 15 Mio

EUR aus dem Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika beantragt. Bei diesem Treuhandfonds handelt es sich um ein von der EIB verwaltetes Instrument, mit dem Infrastrukturprojekte mit grenzüberschreitender oder regionaler Tragweite durch Zuschüsse unterstützt werden.

Die EIB, AFD und KfW befürworten eine Zinsvergütung, um sicherzustellen, dass namibische Verbraucher nicht unberechtigterweise für wirtschaftliche Vorteile aufkommen müssen, die einen umfangreichen volkswirtschaftlichen Nutzen für die Region als Ganzes mit sich bringen. Die Caprivi-Verbundleitung wird über die Laufzeit des Projekts zu beträchtlichen Kosteneinsparungen führen. Die durch eine Verringerung der Stromausfälle erzielten Stabilisierungsgewinne könnten sich in der Region auf jährlich 10 Mio EUR belaufen. Da der Verbund eine Abkürzung der 3 000 km langen 400 kV-Leitung ermöglicht, verringern sich auch die Übertragungsverluste, so dass jährlich rund 6,7 Mio EUR zusätzlich eingespart werden. Der Nettogegenwert des volkswirtschaftlichen Nutzens für den SAPP und für Namibia beläuft sich auf rund 170 Mio EUR.

### Caprivi: ein wahrhaft regionales Vorhaben

Das Caprivi-Vorhaben ist nicht nur aus rein technischer Sicht ein regionales Projekt, es wird auch allgemein dazu beitragen, den Energiehandel in der Region zu fördern und einen Anreiz für die Entwicklung zusätzlicher Wasserkraftkapazitäten im SAPP zugunsten der gesamten Region zu geben. ■



Rasmus Lauridsen  
 Direktion Operationen außerhalb der Europäischen Union und  
 der Bewerberländer



**Europäische Investitionsbank**

100, boulevard Konrad Adenauer  
L-2950 Luxembourg  
☎ (+352) 43 79 1 – ☎ (+352) 43 77 04  
[www.eib.org](http://www.eib.org) – ✉ [info@eib.org](mailto:info@eib.org)

**Außenbüros:**

**Belgien**

☎ (+32-2) 235 00 70 – ☎ (+32-2) 230 58 27

**Deutschland**

☎ (+49-30) 59 00 47 90 – ☎ (+49-30) 59 00 47 99

**Finnland**

☎ (+358) 10 618 0830 – ☎ (+358) 9 278 5229

**Frankreich**

☎ (+33-1) 55 04 74 55 – ☎ (+33-1) 42 61 63 02

**Griechenland**

☎ (+30) 210 68 24 517 – ☎ (+30) 210 68 24 520

**Italien**

☎ (+39) 06 47 19 1 – ☎ (+39) 06 42 87 34 38

**Österreich**

☎ (+43-1) 505 36 76 – ☎ (+43-1) 505 36 74

**Polen**

☎ (+48-22) 310 05 00 – ☎ (+48-22) 310 05 01

**Portugal**

☎ (+351) 213 42 89 89 – ☎ (+351) 213 47 04 87

**Rumänien**

☎ (+40-21) 20 864 00 – ☎ (+40-21) 317 90 90

**Spanien**

☎ (+34) 914 31 13 40 – ☎ (+34) 914 31 13 83

**Vereinigtes Königreich**

☎ (+44) 20 73 75 96 60 – ☎ (+44) 20 73 75 96 99

**Ägypten**

☎ (+20-2) 333 66 583 – ☎ (+20-2) 333 66 584

**Karibik**

☎ (+596) 596 747 310 – ☎ (+596) 596 561 833

**Kenia**

☎ (+254-20) 273 52 60 – ☎ (+254-20) 271 32 78

**Marokko**

☎ (+212) 37 56 54 60 – ☎ (+212) 37 56 53 93

**Pazifik**

☎ (+61-2) 82 11 05 36 – ☎ (+61-2) 82 11 05 55

**Senegal**

☎ (+221) 33 889 43 00 – ☎ (+221) 33 842 97 12

**Südafrika**

☎ (+27-12) 425 04 60 – ☎ (+27-12) 425 04 70

**Tunesien**

☎ (+216) 71 28 02 22 – ☎ (+216) 71 28 09 98

**Türkei**

☎ (+90) 212 319 76 04 – ☎ (+90) 212 319 76 00

**Europäischer Investitionsfonds**

96, boulevard Konrad Adenauer  
L-2968 Luxembourg  
☎ (+352) 42 66 88-1 – ☎ (+352) 42 66 88-200  
[www.eif.org](http://www.eif.org) – ✉ [info@eif.org](mailto:info@eif.org)

Ein aktualisiertes Adressverzeichnis der Außenbüros ist der Website der EIB zu entnehmen.

QH-AA-08-133-DE-C  
©EIB - 12/2008 - DE

# Vorzumerkende Termine

- **22.-23. Januar 2009** – International Policy Conference on Student Loans. Luxemburg
- **9. März 2009** – Jahrespressekonferenz. Brüssel – Belgien
- **12.-13. März 2009** – EIB-Forum Infrastruktur. Barcelona – Spanien

Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.eib.org/events](http://www.eib.org/events)

# Neue Veröffentlichungen der EIB

## Oktober 2008

- Darlehen der EIB in der Türkei
- Darlehen der EIB im karibischen Raum
- Technische Hilfe für die Projektvorbereitung – JASPERS
- JEREMIE: Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln für KMU über Holding-Fonds

## November 2008

- Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank in den Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) sowie in den Überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG)
- Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank im Mikrofinanzsektor in den Regionen Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums
- 50 Jahre Unterstützung europäischer Projekte - seit 45 Jahren zuverlässiger Partner Griechenlands
- FEMIP für den Mittelmeerraum - Finanzierung der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Griechenland
- Finanzierungstätigkeit der EIB in Spanien 1986-2008

Alle Broschüren sind entsprechend der Nachfrage des Publikums und den Geschäftsanforderungen in verschiedenen Sprachen erhältlich. Sie können unter [www.eib.org/publications](http://www.eib.org/publications) kostenfrei abgerufen werden.

### Änderung der Telefonnummern ab 1. Januar 2008!

Seit dem 1. Januar 2008 sind die direkten Telefonnummern unserer Büros in Luxemburg auf neunstellige Nummern abgeändert.

Rufen Sie bitte unsere Telefonzentrale unter (+352) 43 79-1 an, um mit dem gewünschten Teilnehmer verbunden zu werden.

